

Frauen und Mädchen mit Behinderung

Die Lebensrealität der über 202.000 in Berlin lebenden behinderten Frauen unterscheidet sich grundlegend von der Lebensrealität nichtbehinderter Frauen. Ihre gesundheitliche Stabilität ist unmittelbar abhängig von ihrer alltäglichen Lebenswirklichkeit.

Den sich wechselseitig potenzierenden Benachteiligungen behinderter Frauen (in ihrer Vielfalt als behinderte Mütter, behinderte Migrantinnen, behinderte Lesben, behinderte Existenzgründerinnen usw.) kann entgegengewirkt werden, indem ihre Lebenssituation von allen Verwaltungsbereichen wahrgenommen, mitgedacht und künftig, analog zum Gender-Mainstreaming, im Sinne eines Disability-Mainstreamings thematisiert wird.

Damit Berlin eine gesunde Stadt für Frauen mit Behinderungen werden kann, sind die Parteien gefordert:

Disability Mainstreaming muss im Berliner Gesundheitswesen umgesetzt und in allen politischen Entscheidungsbereichen implementiert werden, um

1. gesellschaftliche Rahmenbedingungen zur gleichberechtigten Teilhabe zu schaffen wie

- den Abbau von ausgrenzenden Barrieren voranzutreiben
- Fortbildungsmaßnahmen im Berliner Gesundheitswesen zur Lebenswirklichkeit behinderter Frauen zu fördern, Gender- und Behinderungsaspekte sowie Pflegebedürfnisse in der Gesundheitsversorgung zu implementieren
- die Belange gewaltbetroffener behinderter Frauen zu berücksichtigen und
- den Rechtsanspruch auf gleichgeschlechtliche Pflege durchzusetzen

2. mit geeigneten Maßnahmen die selbständigen Lebensentwürfe behinderter Frauen zu fördern wie

- Initiativen zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Frauen zu ergreifen
- durch eine Bundesratsinitiative den Rechtsanspruch auf Assistenz für Eltern mit Behinderungen zu verankern

- Erfahrungen des Berliner Modellprojektes zum Persönlichen Budget (TPB) auf Bundesebene zu vertreten und sich für selbstbestimmte Assistenz einzusetzen und
- die Vernetzungs- und Beratungsstellen für behinderte Frauen finanziell abzusichern.

Exemplarisch haben wir an sechs Themenbereichen der Frauengesundheit aufgezeigt, wie die Berliner Parteien nach der Wahl 2006 eine frauenfreundliche Gesundheitspolitik in Berlin entwickeln können. Weitere Themenbereiche der Frauengesundheit sollten dringend unter Gendergesichtspunkten berücksichtigt werden. Deshalb sucht das Netzwerk Frauengesundheit Berlin mit Ihnen das Gespräch über unsere Wahlprüfsteine 2006.

Ihr Engagement in der Berliner Gesundheitspolitik trägt maßgeblich zu einer lebenswerten Stadt für Berliner und Berlinerinnen. Gestalten Sie mit uns das Aktionsprogramm „Berlin – Gesunde Stadt für Frauen“!